



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

22. Sitzung (öffentlich)

6. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:15 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| 1 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz für das Schuljahr 2011/2012
Bericht zur Unterrichtsversorgung 2011/2012 | 6 |
| Vorlage 15/562 | |
| Der Ausschuss stimmt der Verordnung Vorlage 15/562 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der CDU zu. | |
| 2 Entwurf einer Verordnung zur Änderung von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen gemäß § 52 SchulG | 11 |
| Vorlage 15/635 | |

Die Verordnung Vorlage 15/635 wird mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linken gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

3 Demografische Gewinne nutzen - Entwicklung eines Stufenplans „Kleine Schule“ 18

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/136

In Verbindung mit:

Demografische Effekte nutzen - Unterrichtsqualität verbessern

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/184

Der **Ausschuss** kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt heute nicht zu behandeln.

4 Sechstes Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (6. Schulrechtsänderungsgesetz) 19

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1915

Stellungnahmen 15/702, 15/703 und 15/704

Der **Ausschuss** kommt überein, zu diesem Gesetzentwurf am 14. September 2011 eine Anhörung ab 13:00 Uhr durchzuführen.

5 Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lernfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz) 20

Gesetzentwurf der Fraktionen
von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2209

Der **Ausschuss** kommt überein, eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchzuführen. Der Termin soll von den Obleuten vereinbart werden.

**6 Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes und des
Kunsthochschulgesetzes 21**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1875

Der **Ausschuss** verständigt sich auf Vorschlag des Vorsitzenden darauf, in der Sache erst nach der Durchführung der für den 16. September vom federführenden Ausschuss festgesetzten Anhörung, an der sich der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nachrichtlich beteiligt, zu diskutieren.

7 Staatliche türkische Sprachzertifikate 22

Vorlage 15/721

Dem Bericht von Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) schließt sich eine Aussprache an.

**8 Rechtswidrige Schulpolitik unverzüglich beenden - Gründung von
Gemeinschaftsschulen als Schulversuch sofort stoppen 27**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2216

Der Ausschuss lehnt mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der CDU Punkt 1 des Beschlussvorschlages ab.

Der Ausschuss lehnt Punkt 2 des Beschlussvorschlages mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Punkt 3 des Beschlussvorschlages lehnt der Ausschuss mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

Der **Ausschuss** lehnt schließlich den Antrag Drucksache 15/2216 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP bei Stimmenthaltung der CDU ab.

9 Gerechtere und flexiblere Lehrerarbeitszeit für die weiterführenden Schulen in NRW einführen - ein am „Mindener Modell“ orientiertes Jahresarbeitszeitmodell flächendeckend einführen **37**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/481

Zuziehung von Sachverständigen

Der Ausschuss hört hierzu die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen an.

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Seiten
Verband Bildung und Erziehung Landesverband NRW	Dr. Andreas W. Fischer	37
	Bruno Quernheim	42
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	Norbert Müller	43
Freiherr-vom-Stein-Berufskolleg Minden	Michael Paul	47
	Heinfried Wesemann	55
Vereinigung der KorrekturfachlehrerInnen e. V.	Reinhard Heider	57
	Wilhelm Knaup	60

* * *

5 **Gesetz zur Einführung von islamischem Religionsunterricht als ordentliches Lernfach (6. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktionen
von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2209

Sigrid Beer (GRÜNE) stellt den Antrag auf Durchführung einer Anhörung mit dem Hinweis auf noch bestehenden Austauschbedarf. Ihre Fraktion wolle einen gemeinsamen Meinungsaustausch zu diesem Thema und keine Einzelgespräche führen.

Sie schlage als Termin den 13. Oktober vor; der endgültige Termin solle aber im Ob-
leutegespräch Termin festgelegt werden.

Michael Solf (CDU) dankt den Kolleginnen und Kollegen dafür, dass sie im Plenum bei diesem hochsensiblen und sehr schwierigen Thema verantwortungsbewusst geredet hätten.

Bei der Vorbereitung der Anhörung bitte er darum, in jedem Fall darauf zu achten, wirklich den höchst möglichen juristischen Sachverstand hinzuzuziehen. Über den Termin müsse aber noch im Ob-
leutegespräch verhandelt werden.

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden Wolfgang Große Brömer** kommt der **Ausschuss** überein, dass die Ob-
leute den Termin festlegten. Allerdings werde es nahezu unmöglich sein, dafür noch einen Mittwochtermin zu finden, sodass der Ausschuss auf einen anderen Tag auszuweichen habe.

Sigrid Beer (GRÜNE) verweist darauf, auch nach der Anhörung werde sicherlich noch Gesprächsbedarf bestehen, sodass diese möglichst zeitnah durchgeführt werden sollte, um Beratungszeit zu haben und um gemeinsame Ziel zu erreichen, mit dem islamischen Religionsunterricht zum Schuljahr 2012/2013 zu beginnen.

Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW) gibt zu bedenken, dass vermutlich der Migrati-
onsausschuss an einer solchen Anhörung unbedingt beteiligt sein wolle, was eben-
falls Auswirkungen auf einen möglichen Termin haben könnte.

Der **Ausschuss** kommt überein, eine Anhörung zu diesem
Gesetzentwurf durchzuführen. Der Termin soll von den Ob-
leuten vereinbart werden.

